



Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

mit großer Enttäuschung habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Antidiskriminierungsstelle (adi) in Heilbronn bereits zu Beginn des neuen Jahres erneut für negative Schlagzeilen gesorgt hat.

Bereits im vergangenen Jahr führte eine absurde Debatte über vermeintlich rassistische Krapfen zu bundesweiten Schlagzeilen und sorgte in der vergangenen Narrensaison für zahlreiche Lacher. Harmlose Darstellungen von Cowboys und Chinesen wurden als „Reproduktion kolonialistischer Vorstellungen und einer Geschichte von Unterdrückung und kultureller Aneignungen“ missverstanden. Fremdenfeindlichkeit wurde in den darauffolgenden Monaten auch in einem Theaterstück und bei der Aufführung einer Tanzschule vermutet. Letztere hatte „Das hässliche Entlein“ auf den Werbeplakaten schließlich dunkler dargestellt als die anderen Enten...

Diese Mission der Antidiskriminierungsstelle keinesfalls billig. Knapp 60.000 Euro jährlich investieren das Land Baden-Württemberg, die Stadt und der Landkreis Heilbronn in erhobene Zeigefinger gegenüber Bäckereien, Tanzschulen und Theatern. Die Mitarbeiter der adi finden dann effizient Rassismus, wo es keinen gibt und böse Absichten, wo immer sie können.

Diese politisch korrekte Organisation hat eindrucksvoll gezeigt, dass ihre Arbeit fehlgeleitet ist und nicht länger aus Steuergeldern finanziert werden sollte. In Zeiten von Inflation, Rezession und unsicherer Haushalte, steht die Politik in der Pflicht, das Preis-Leistungs-Verhältnis der von ihnen geförderten Projekte kritisch zu überprüfen.

Die kommunalen Verwaltungen stehen in der Verantwortung und vor der Herausforderung dafür zu sorgen, dass Menschen, untergebracht, ernährt und ausgebildet werden und ihnen eine medizinische Grundversorgung ermöglicht wird. Die Dekoration eines Berliners während der Faschingszeit dürfte hingegen kaum in Ihr Kompetenzfeld fallen.

Ich stimme mit Alexander Throm MdB überein - die adi sollte nicht durch Zuschüsse des Landes Baden-Württemberg finanziert werden, und ich möchte Sie daher bitten, Ihre Haushaltsverpflichtungen entsprechend zu überprüfen.

Die derzeitige Tätigkeit der Antidiskriminierungsstelle in Heilbronn wird lediglich als Versuch einer Bevormundung wahrgenommen, die echte Fremdenfeindlichkeit relativiert und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt schadet. Daran kann der Landesregierung keinesfalls gelegen sein.

Mit freundlichen Grüßen,

Lars Patrick Berg